

# Erneut am Rande des Abgrunds

## BEWAFFNETE GEWALT IM SÜDSUDAN

Für die vier Jahre alte Regierung des Südsudans (GoSS) war 2009 ein Jahr der Rückschläge. Entstanden als Ergebnis des umfassenden Friedensabkommens (CPA), das 2005 zwischen den Rebellen des *Sudan People's Liberation Movement/Army* (SPLM/A) und der im Sudan regierenden *National Congress Party* (NCP) geschlossen wurde, quälte sich die GoSS, die vielzähligen Finanz-, Regierungs- und Sicherheitskrisen zu bewältigen und gleichzeitig die Implementierung des Friedensabkommens voranzubringen. Von grosser Bedeutung waren dabei die für April 2010 geplanten Neuwahlen der Legislative und der Exekutive, die unter CPA-Mandat durchgeführt werden sollten, sowie ein Referendum über die Selbstbestimmung des Südens, das im Januar 2011 stattfinden soll.

**2009 war die Gewalt im Süden gut organisiert, sie umfasste eine Vielzahl von Stammesgruppen und zeichnete sich durch eine Brutalität aus, wie sie schon seit Jahren nicht mehr gemeldet wurde.**

Für die Bewohner des Südens ist diese Volksabstimmung—es wird erwartet, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung für eine Trennung vom Gesamtsudan entscheiden wird—die Belohnung für Jahrzehnte bewaffneter Konflikte mit Khartoum (zwei Bürgerkriege: 1956 – 1972 und 1983 – 2005). Die GoSS, die unter dem Ruf von Korruption und mangelnder Effizienz leidet, hält das Referendum für eine der wenigen verbleibenden Möglichkeiten, ihre immer schwächer werdende Legitimität wieder zu verbessern. 2009, als das Gerede über einen möglichen Zusammenbruch des Friedensabkommens immer lauter wurde, griffen desperate Angehörige der GoSS zu öffentlichen Drohungen und gegenseitigen Beschuldigungen, um den Widerstand gegen diese und andere im CPA enthaltenen Beschlüsse zu verstärken. Als sich der Friedensprozess verlangsamte, verschärfte sich die Rhetorik: im September 2009 erklärte der Stabschef des SPLA, dass die Möglichkeit, dass „der Krieg erneut ausbrechen könnte“, auf 50 Prozent



Das Dorf Duk Padiet, Jonglei, nach einem Angriff von Lou Nuer Stammesangehörigen, der mit 160 Toten endete, September 2009. © Tim McKulka/UNMIS

gestiegen sei. Politiker aus dem Süden des Landes drohten mit einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung. Beide Seiten liessen ihre Muskeln spielen, was in der Folge die Unsicherheit über den Ausgang der Wahlen, die Zukunft des Landes und die Möglichkeit, dass das Referendum scheitern könnte, weiter erhöhte.

Während der Friedensprozess nur im Schnecken tempo vorankam, erlebte der Südsudan 2009 besonders in den ländlichen Bezirken eine intensive Welle bewaffneter Gewalt. Diese Gewalt war gut organisiert, schloss mehrere Stammesgruppen ein und bewies eine Brutalität, wie sie seit Jahren nicht mehr vorgekommen war. Die SPLM/A beschuldigte die NCP, für diese bürgerkriegs-ähnlichen Praktiken verantwortlich zu sein, im Süden operierende Gruppen mit Waffen zu versorgen und so die Region zu destabilisieren. Die NCP beschuldigte im Gegenzug die GoSS, die Sicherheit ihrer Bevölkerung nicht gewährleisten zu können und damit ihre Illegitimität zu beweisen. Bis Ende 2009 wurden im Süden 2.500 Tote und 350.000 Vertriebene gezählt. An ernsthaften Bemühungen, dem Konflikt Einhalt zu gebieten, fehlt es.

Die schwerwiegendsten, örtlich begrenzten Gewalttaten gingen auf das Konto von bewaffneten Stammesgruppen, die zum Teil auf eine lange Geschichte ähnlicher Konflikte während der Bürgerkriege zurückblicken. Einer der tödlichsten Zusammenstöße fand zwischen den Stämmen der Murle und der Lou Nuer im Bezirk Jonglei statt, wo wiederholte Angriffe und Gegenangriffe, zumeist unter Frauen und Kindern, Hunderte von Todesopfern forderten. Während des Bürgerkriegs wurden die Murle als eine lokale Verteidigungsgruppe organisiert, die sich der SPLA entgegenstellen sollte. Sie wurden von der SAF (*Sudan Armed Forces*) unterstützt, mit Waffen versorgt und sollten einen Stellvertreterkrieg im Süden führen. Die Lou Nuer, unabhängiger und flexibler, erhielten Waffen und Unterstützung von beiden Seiten, der SPLA und der SAF. Trotz grosser Bemühungen um eine Entwaffnung der beiden Gruppen nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens sind beide Seiten nach wie vor bewaffnet und aktiv. Ihr Streit geht weiter und trägt alle Züge der früheren Bürgerkriegsdynamik, verstärkt, weil seit dem CPA im Hintergrund der Kampf um Macht und Einfluss unvermindert fortgesetzt wird. In einer Region, in der die politische Szene durch Stammeskonflikte bestimmt wird, wird allgemein davon ausgegangen, dass die Konflikte von Politikern aus dem Süden dazu benutzt werden, ihre eigenen Einflussbereiche zu konsolidieren.

**Ende 2009 waren die Auswirkungen, die die Kämpfe zwischen südlichen Gruppen während des Bürgerkriegs hinterlassen hatten, noch immer deutlich spürbar.**

Die Unsicherheit, die 2009 in Südsudan vorherrschte, wurde zum einen noch erhöht durch die Präsenz sog. *Joint Integrated Units*. Diese Truppen sind ein Ergebnis des Friedensabkommens vom Frühjahr 2009 und bestehen sowohl aus Mitgliedern der SAF und der SPLA. Sie sind nach wie vor kaum integriert und stellen deshalb eine Gefahr für die Sicherheit vieler Landstriche dar. Zum anderen gibt es die *Lord's Resistance Army* (LRA) aus Uganda, die während des Bürgerkriegs stellvertretend für Khartoum gekämpft hat. Obwohl die LRA als Kampftruppe offiziell auseinandergefallen ist, reicht ihr Einfluss weiter als je zuvor und umfasst jetzt die Demokratische Republik Kongo, die Zentralafrikanische Republik und den Sudan. Ihr Kommandeur Joseph Kony hat es bisher verstanden, sich einer Verhaftung zu entziehen und hält sich vermutlich in Dafur auf, unterstützt durch die SAF. Die Überlebensfähigkeiten dieser Truppe sind gut dokumentiert, es bleibt zu vermuten, dass sie auch in Zukunft eine aktive Rolle im Nord-Südkonflikt des Sudans spielen wird.

Mehrere strukturelle Faktoren haben die Gewalt gestützt und verstärkt. Der GoSS ist es nicht gelungen, verantwortliche demokratische Staatsorganisationen zu bilden und wenigstens die Grundlagen für ein funktionierendes Gesundheitssystem, ein ordentliches Schulwesen und zuverlässige Sicherheitsorgane aufzubauen. Dieses Versagen erhöht die Chance neuer Gewaltausbrüche—von der Staatsführung abgekoppelte Bevölkerungsgruppen kämpfen um ihre Grundversorgung—und der Staat ist nicht in der Lage, die Gewalt einzudämmen. Da die Polizei im Südsudan nach wie vor schlecht ausgebildet und versorgt ist, repräsentiert die SPLA nach wie vor die bedeutendste Ordnungsmacht. Aber auch sie hat Schwierigkeiten, sich von einer Rebellenbewegung in eine professionelle Armee zu verwandeln. Ihre internen Kommandostrukturen sind fragmentiert, Kontrollmechanismen sind nach wie vor schwach ausgebildet. Das Risiko bleibt gross, dass Soldaten bei lokalen Gewaltausbrüchen Partei ergreifen und sich nach ihrer Stammeszugehörigkeit richten.

Nachdem das Sechs-Jahre-Interim der CPA und der Machtaufteilung allmählich zuende geht und der Zeitpunkt für das Referendum über eine Unabhängigkeit des Südens immer näher kommt, ist die Gefahr erhöhter Unsicherheit—sowohl zwischen den Partnern des Friedensabkommens als auch im Südsudan generell—nicht geringer geworden. Die GoSS und die SPLA haben bereits grosse Schwierigkeiten, auf den Anstieg von Gewalt im Süden des Landes zu reagieren. Sollte sich die Situation weiter verschlechtern, die Vereinbarungen des Friedensabkommens weiter gefährden und zu erneuter Gewalt im Nord-Südkonflikt führen, steht die immer noch schwache Regierung vor wichtigen Herausforderungen. Der Süden bedarf internationaler Unterstützung mehr denn je. Während die politischen Eliten in Khartoum und Juba immer häufiger die Möglichkeit einer Teilung des Landes in Erwägung ziehen, muss die internationale Gemeinschaft den Sudanesen bei der Durchführung des Referendums ihre Unterstützung anbieten und dafür sorgen, dass die Entscheidung der Wähler respektiert und das Ergebnis der Wahl garantiert wird. Sollte die Bevölkerung sich tatsächlich für eine friedliche Trennung entscheiden, muss eine detaillierte Planung vorhanden sein, die zukünftige Instabilität erfolgreich verhindert. ■